



Deutsch-Französischer
Wirtschaftskreis



Der Deutsch-Französische Newsletter des DFWK 1. Quartal 2021

Editorial Ihrer Exzellenz, Anne-Marie Descôtes, Botschafterin der Französischen Republik in der Bundesrepublik Deutschland



Sehr geehrte Mitglieder und Freunde des DFWK,

Zu Beginn dieses Jahres teilen wir alle den Wunsch, die Pandemie zu überwinden und gestärkt in die Zukunft zu gehen. Dieser Wunsch ist nicht unbegründet, denn das vergangene Jahr hat uns wieder einmal gelehrt, dass es oft die großen Krisen sind, die große Veränderungen bewirken.

© Ambassade de
France en Allemagne

Vor zwei Jahren unterzeichneten Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Macron den Aachener Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit. Trotz der Pandemie arbeiten wir daran, die dort vereinbarten Projekte umzusetzen und dabei haben unsere beiden Länder ein noch nie dagewesenes Maß an Konvergenz erreicht. Auf europäischer Ebene haben Deutschland und Frankreich die historische Einigung vorbereitet, gemeinsame europäische Schulden aufzunehmen, die unsere Wirtschaften innovativer, grüner und krisenresistenter machen werden.

Die exzellente Zusammenarbeit auf allen Ebenen kann uns natürlich nicht davor bewahren, dass Unstimmigkeiten oder Missverständnisse aufkommen, insbesondere in einem Krisenkontext. Ich denke zum Beispiel an die Grenze zwischen Moselle einerseits, sowie Saarland und Rheinland-Pfalz andererseits – zwei Regionen, die wirtschaftlich und gesellschaftlich verflochten sind und wo sich unsere Behörden täglich austauschen, um die Belastungen für die Grenzgänger so weit wie möglich zu reduzieren.

Die COVID-19-Pandemie ist eine historische Herausforderung für unsere Gesellschaften. Und auch wenn das Jahr 2021 von Unsicherheiten geprägt ist, so ist doch eines sicher: Frankreich und Deutschland werden ihre Konvergenz weiter vertiefen. Unsere Staats- und Regierungschefs haben daher beschlossen, unsere nationalen Konjunkturprogramme in allen Schlüsselbereichen zu koordinieren (insbesondere Wasserstoff, Mikroelektronik und Raumfahrt). Außerdem arbeiten wir daran, eine Kontinuität zwischen der erfolgreichen deutschen EU-Ratspräsidentschaft und der französischen, die im Januar 2022 beginnt, herzustellen.

Im Jahr 2019 war Deutschland das führende Investorenland in Frankreich. Dieser Trend setzt sich fort, und darüber freue ich mich sehr. Es ist auch und vor allem engagierten Akteuren wie Ihnen zu verdanken, dass eine solche wirtschaftliche Konvergenz möglich ist. Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen und versichere Ihnen die Bereitschaft der Botschaft, diesen koordinierten Weg zwischen unseren beiden Ländern weiterzugehen.

Mit den besten Wünschen,
Anne-Marie-Descôtes, Botschafterin der Französischen Republik in der Bundesrepublik Deutschland

Inhaltsverzeichnis

S. 2-4 Dirk Schneemann: Deutsch-französische Beziehungen nach 30 Jahren deutscher Wiedervereinigung

S. 5-10 Rückblick auf unsere Veranstaltungen im ersten Quartal

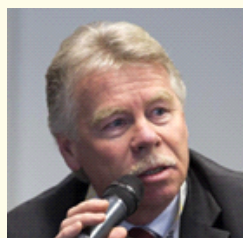
S. 11-14 Arnaud Schott : Le marché immobilier berlinois – entretien avec Olivier Bourdais

S. 15 Stefan Brauße: Alstom in Motion



Deutsch-französische Beziehungen nach 30 Jahren deutscher Wiedervereinigung – eine Bestandsaufnahme aus Ostdeutscher Sicht

Oder: Warum es nach 30 Jahren noch immer keinen Deutsch-Französischen Wirtschaftskreis in Ostdeutschland gibt?



Dirk Schneemann ist Vizepräsident des DFWK.

Zunächst möchte ich einige (gewagte) Thesen zu den ostdeutsch-französischen Beziehungen aufstellen:

These 1: Nach Ende des 2. Weltkrieges wurden aus Feinden zunächst Besetzte und Besatzer, dann Verbündete, Freunde und zuverlässige Geschäftspartner – allerdings mit unterschiedlichen Zielen, Vorstellungen und Ergebnissen zwischen 1949 und 1990, die bis heute fortwirken.

These 2: Nicht unerheblich für die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen war auf französischer Seite der Einfluss von Politikern und Unternehmern (Sudreau, Detoef, Doumeng u.a.), die aufgrund ihrer Erfahrungen im Kampf gegen das Nazi-Regime und der Résistance Sympathien für die die DDR hegten, erste Großaufträge auf den Weg brachten und bei der Überwindung administrativer Hürden halfen.

These 3: Entsprechend ihrer System- und Bündniszugehörigkeit wurden diese Beziehungen von jeder Seite sehr gezielt und strategisch ausgestaltet – nicht selten als Wettbewerbsinstrument oder zur Umgehung bzw. Auslegung eigener Bündnisregeln. (Dennoch waren diese Beziehungen im Nachhinein betrachtet eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten.)

These 4: Da insbesondere die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und der DDR beiderseits überwiegend politisch motiviert und organisiert/strukturiert waren (siehe These 2), wurden ihnen nach der deutschen Wiedervereinigung

wesentliche Existenzgrundlagen (auf beiden Seiten) entzogen, Treuhand und die Politik der „verlängerten Werkbänke“ westdeutscher Wettbewerber „erledigten den Rest“.



© [Helmut Voss](#)

These 5: Da die internationalen Wirtschaftsbeziehungen der DDR (insbesondere ins „Nichtsozialistische Ausland“) ausschließlich staatlich organisiert waren, mussten sich die wenigen nach 1990 überlebenden/wieder entstandenen „echten ostdeutschen Betriebe“ nahezu von Null an neue Märkte suchen – und die lagen i.d.R. nicht im wettbewerbsintensiven Westeuropa.

Beidseitige „Ansiedlungsfehler“ in Unkenntnis konkreter Bedingungen vor Ort „im Osten“ führten zu Fehlinterpretationen und Fehlinvestitionen, sodass französische Unternehmen sich ihren traditionellen Märkten sowie neuen Märkten in Osteuropa zuwandten. Die ostdeutschen Unternehmen schauten auch eher Richtung Osteuropa und Asien.



Diese Entwicklung hat sich über die letzten 30 Jahre verstetigt. „Im Westen“ bestehende deutsch-französische Strukturen zur Wirtschaftsförderung gab und gibt es „im Osten“ nach wie vor nicht. Alle diese Strukturen haben ihren traditionellen Sitz in den alten Bundesländern. Ebenso wie nahezu alle französischen Firmen (Total ist eine der wenigen Ausnahmen). Und auch der DFWK e.V. Berlin ist der Nachfolger des alten Club des Affaires de (Ouest) Berlin.

These 6: Da sich in der gegenwärtigen Pandemie durchaus Verschiebungen/Korrekturen der bis Anfang 2020 voranschreitenden Globalisierung ergeben können, scheint kurz- und mittelfristig eine Verstärkung innereuropäischer Wirtschaftsbeziehungen stärker hervortreten. Das könnte (müsste) auch die deutsch-französischen Beziehungen beflügeln, denn (siehe nächste These)...

These 7: Angesichts der hohen Bedeutung, die den deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen – besonders in der schwierigen Situation, in der sich Europa befindet (u.a. Corona, Brexit, Dauer-Konflikt USA-China ...) – beigemessen werden und der wachsenden Wirtschafts- und Innovationskraft in Ostdeutschland, ist es an der Zeit, über die Gründung mindestens eines Deutsch-Französischen Wirtschaftskreises in den ostdeutschen Bundesländern konkret nachzudenken – Arbeitstitel: DFWK Mitteldeutschland.



Eine vom Goethe Institut Lyon und dem Institut Français in Leipzig sowie den Deutsch-Französischen Wirtschaftsclubs Lyon und Berlin gestartete Initiative hat sich die Aufgabe gestellt, sich der o.g. Bestandsaufnahme anzunehmen, die Umsetzbarkeit der Gründung eines Deutsch-Französischen Wirtschaftskreises in den ostdeutschen Bundesländern zu prüfen und auf den Weg zu bringen.

Von dieser Projektgruppe ausgehend bedarf es jedoch der Einbindung und Unterstützung möglichst vieler Partner, denen die Weiterentwicklung und Stärkung der (gesamt)deutsch-französischen Beziehungen am Herzen liegt.



Hiervon ausgehend haben die Initiatoren zunächst 3 Veranstaltungen zu diesem Thema geplant.

23.03.2021, ab 19 Uhr: Auftaktveranstaltung als Zoom-Konferenz zum Thema „Die anderen deutsch-Französischen Beziehungen – DDR-Frankreich von 1949-1990“ sowie die Folgeentwicklung bis heute.

Hierbei steigen insbesondere die Historiker Professoren Ulrich Pfeil und André Steiner in die Geschichte ein, um an die Besonderheiten dieser Beziehungen und ihre Rolle zwischen „Ost und West“ insbesondere in den 1970er und 80er Jahren zu erinnern.



08.06.2021, ab 19 Uhr: Nachfolgeveranstaltung 1 (Innovation, Digitalisierung, Energie/Mobilität (H2), Infrastruktur) – Ansatzpunkte für Kooperationsprojekte zwischen Frankreich und Ostdeutschland – in Kooperation mit Wirtschaftspartnern (u.a. GTAI, AHK und ausgewählten Unternehmen).

Diese Veranstaltung findet bewusst eine Woche vor dem Ostdeutschen Wirtschaftsforum (OWF) statt, welches für den 14.-16.06.2021 in Bad Saarow geplant ist.



Unterzeichnung eines Wirtschaftsabkommens Frankreich-DDR, das bis 1990 reichte. Für Frankreich zeichnet Ministerin Edith Cresson, für die DDR Staatssekretär Gerhard Beil, 1984

Oktober/November 2021: Nachfolgeveranstaltung 2 soll sich den deutschen bzw. französischen „Sprachdefiziten“ auf beiden Seiten und ihren Konsequenzen für Ausbildung, Arbeitsmarkt, Administration und Projektkooperationen widmen. Dabei haben wir die Hoffnung, dass diese Veranstaltung dann idealerweise in einem (zumindest teilweisen) Präsenzformat z.B. an den Standorten Lyon, Leipzig oder Berlin stattfinden kann – ergänzt durch Liveschaltungen zwischen den Standorten.

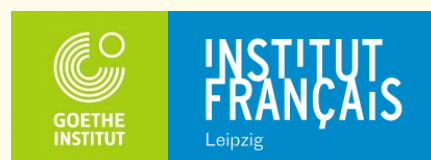
Für solch ein komplexes Vorhaben braucht es jedoch zusätzliche Partner und einiges an Ressourcen:

- Neben den o.g. Initial-Partnern sollen alle Deutsch-Französischen Wirtschaftsclubs in Frankreich und Deutschland sowie das Netzwerk der Goethe-Institute / Institut Français aktiviert werden.
- Weitere, z.T. bereits angefragte Partner sind: Französische Botschaft in Berlin, Honorarkonsul in Leipzig, OWF, AHK Paris/Berlin, GTAI, sowie interessierte deutsche und französische Unternehmen der Privatwirtschaft.
- Eingebunden in diese Überlegungen sollten auch bestehende oder sich anbahnende Regionalpartnerschaften zwischen Frankreich und ostdeutschen Bundesländern sein.
- Ausgewählte Referenten/ Co-Referenten, Moderatoren.
- Neben eigenen Ressourcen Einwerbung von Sponsoring bzw. Beantragung von Mitteln aus dem deutsch-französischem Bürgerfonds (ein erster Förderantrag wurde hier bereits positiv entschieden, der die beiden ersten Veranstaltungen weitgehend absichert!).

Über den Verlauf des Projektes und seine Ergebnisse werden wir Sie auf dem Laufenden halten und sind natürlich an Feedback zu dieser Thematik sehr interessiert. Und vielleicht befindet sich zum 31. oder 32. Jahrestag der Wiedervereinigung der eingangs erwähnte „Deutsch-Französische Wirtschaftskreis Mitteldeutschland“ bereits auf dem Wege bzw. in Gründung.

Ihr

Dirk Schneemann





DFWK Neujahrsempfang: „Die Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern ist gestärkt aus der Krise hervorgegangen“



© Ambassade de France en Allemagne © Florian Freundt

Gleich zwei prominente Gäste aus der deutsch-französischen Politik sprachen auf dem Neujahrsempfang 2021 des Deutsch-Französischen Wirtschaftskreises (DFWK): Anne-Marie Descôtes, die französische Botschafterin in Deutschland, und Dr. Franziska Brantner, Parlamentarische Geschäftsführerin und Europapolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag.

Zahlreiche Mitglieder und Freunde des Vereins hatten sich dem Empfang zugeschaltet, der pandemiebedingt online stattfinden musste. Nach einer kurzen Begrüßung durch DFWK Präsident Joachim Bitterlich leitete die französische Botschafterin in Deutschland, Anne-Marie Descôtes, die Veranstaltung mit einem ermutigenden Plädoyer für die deutsch-französische Zusammenarbeit ein.

„Das vergangene Jahr hat uns gelehrt, dass es die Krisen sind, die große Veränderungen nach sich ziehen“, sagte sie rückblickend. „Frankreich und Deutschland haben in diesem Jahr die große historische Einigung vom 21. Juli 2020 [für einen Europäischen Wiederaufbaufonds] vorbereitet, möglich gemacht und durchgesetzt“. Insgesamt sei die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich durch die Krise gestärkt. „Deutschland und Frankreich haben einen nie dagewesenen Grad an politischer Konvergenz erreicht“, so die Botschafterin.

Für 2021 nannte sie konkrete Projekte, um die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu vertiefen. „Wir arbeiten trotz der Pandemie weiter daran, die vor zwei Jahren im Vertrag von Aachen verabredeten ehrgeizigen Projekte umzusetzen“. Dazu zählen die Schaffung eines deutsch-französischen Forschungs- und Innovationsnetzwerks für Künstliche Intelligenz, die Zusammenarbeit im Bereich der Raumfahrt, die gemeinsame Förderung von Spitzentechnologien wie Wasserstoff sowie die Kooperation beim Thema Klimaschutz.

Mit Blick auf den Wiederaufbauplan riet die Botschafterin zu einem gemeinsamen Vorgehen, wo immer möglich. „2019 war Deutschland der wichtigste Investor in Frankreich. Wir hoffen, dass wir nach der Pandemie diesen Schwung wiederfinden“, schloss sie ihren Vortrag.



© Bundesregierung / Denzel

Anschließend stießen die Botschafterin, Mitglieder und Freunde des DFWK online (aber mit echtem Sekt), auf das neue Jahr an. Anne-Marie Descôtes sprach in der darauffolgenden Frageunde auch offen darüber, wie die Pandemie ihre Arbeit verändert: „Alle Bereiche der Botschaft sind betroffen. Videokonferenzen zu machen ist schön, aber es ist nicht dasselbe wie ein physisches Treffen“.



Im zweiten Teil der Veranstaltung schaltete sich mit Dr. Franziska Brantner (Die Grünen) eine Politikerin zu, die nach den Worten von DFWK Präsident Bitterlich bereits zur deutsch-französischen „Stammbesetzung“ gehört.



© European Union

Die Parlamentarische Geschäftsführerin und Sprecherin für Europapolitik der Grünen im Bundestag hat als Mitglied der Deutsch-Französischen Arbeitsgruppe zum Elysée-Vertrag nicht nur an der Verhandlung des Vertrags von Aachen 2019 mitgewirkt. Sie ist auch Mitglied der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung und stellvertretende Vorsitzende der Deutsch-Französischen Parlamentariergruppe. In diesen Funktionen setzt sie sich gemeinsam mit ihren Kollegen aus der französischen Assemblée Nationale leidenschaftlich für die Zusammenarbeit beider Länder ein.

Dr. Brantner begreift die aktuelle Krise auch als Chance. *„Die größte Errungenschaft der Krise ist der Wiederaufbaufonds“*. Nach der Pandemie müsse dieses Instrument – mit Blick auf potentielle zukünftige Krisen – verstetigt werden. *„Es wäre fahrlässig, ihn wieder aufzuheben“*. Dafür müssten nun aber alle Nationalstaaten die Mittel des Fonds sinnvoll anwenden. Insbesondere Deutschland und Frankreich trügen hier eine besondere Verantwortung. *„Wenn wir diese Gelder in den Sand setzen, dann wird es uns nie wieder gelingen, das nochmal zu bekommen“*, so die Politikerin.

Dass aktuell viel Geld ausgegeben wird, hält sie für unabdingbar. *„Wenn man versucht in der Krise zu sparen, dann frisst man sich noch stärker rein“*. Allerdings sollten die Gelder auch zielgerichtet investiert werden. Man müsse jede einzelne Maßnahme kritisch betrachten und ihren Mehrwert diskutieren dürfen. Besonders wichtig sei, jetzt in den Klimaschutz zu investieren. *„Denn ich sehe leider nicht, dass wir uns, dass wir uns in vier bis fünf Jahren nochmal dermaßen verschulden und dann fürs Klima“*, sagte Dr. Brantner. Auch setze sie sich mit der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung für eine konkrete Umsetzung von grenzüberschreitenden Projekten ein. Zum Beispiel für die von der Botschafterin angesprochene Kooperation im Bereich Wasserstoff und den Ausbau des Eisenbahnnetzes zwischen Frankreich und Deutschland.

Kritik an der EU-Kommission, zu geringe Mengen an Impfstoff bestellt und zu wenig in die Bereitstellung von Produktionskapazitäten investiert zu haben, hält Dr. Brantner für unehrlich. Natürlich habe es Fehler gegeben. Aber die Strategie der Kommission, auf mehrere Impfstoffe unterschiedlicher Herkunft zu setzen, sei sehr klug gewesen. Auch werde in Deutschland nicht darüber gesprochen, dass die Kommission bereits im Juni 2020 dem deutschen Impfstoff-Entwickler Biontech 100 Millionen Euro zum Ausbau seiner Produktionskapazitäten bereitgestellt hat.



© European Union



„Damals hat in Deutschland noch niemand über den Ausbau von Produktionskapazitäten gesprochen“, kritisierte sie. In der Zukunft sei es nun wichtig, der Europäischen Ebene weitere Kompetenzen in der Gesundheitspolitik zu geben, damit sie die Krise weiter meistern könne.

Im Gespräch mit den DFWK Mitgliedern kam Dr. Franziska Brantner auch auf die Außenpolitik und die transatlantischen Beziehungen zu sprechen. Sie sieht Europa nicht in der Situation, zwischen strategischer Souveränität und einer engeren Kooperation mit den USA unter dem neu gewählten Präsidenten Joe Biden entscheiden zu müssen. Vielmehr sei Europa in der Pflicht, mehr internationale Verantwortung zu übernehmen, um „Biden den Rücken freizumachen“. Insbesondere in Libyen und der Sahel-Zone sei Europa als stabilisierende Macht gefragt.



Auf eine Kooperation mit den USA hofft Dr. Brantner bei der Regulierung der kommerziellen Nutzung privater Daten durch Internetplattformen. „Ich glaube, das ist auch in den USA angekommen, dass es dort einen Handlungsbedarf gibt. Ich fände es gut, wenn wir das gemeinsam hinkriegen“. Ein weiteres transatlantisches Thema ist für die Politikerin der Klimaschutz. Im Blick hat sie dabei die Einführung eines so genannten CO₂-Grenzausgleichssystems (Carbon

Border Adjustment Mechanism), bei dem EU-Importe aus Drittländern mit einem CO₂-Preis belegt werden.



© European Union

In Ihrer Verabschiedung brachte Dr. Brantner das zum Ausdruck, was alle Teilnehmer von Videokonferenzen spüren. „Wir freuen uns, wenn wir uns alle wieder in die Augen schauen können“. Mit Blick auf französische Umgangsarten, die in der Krise nicht mehr möglich sind bemerkte sie: „Faire la bise – j’espère qu’on ne l’abandonnera pas“.

Der Neujahrsempfang endete mit einem Ausblick auf die kommenden Veranstaltungen – beispielsweise zur Transatlantik, zur Digitalisierung oder den ostdeutsch-französischen Beziehungen. Zudem präsentierte der DFWK Jugend zu seinem „ersten Geburtstag“ seine Arbeit des vergangenen und des neuen Jahres. Die neu gewonnenen (Jugend-) Mitglieder können sich auf ein abwechslungsreiches Programm freuen!

Die nächste Veranstaltung des DFWK:

Am **20. April** 2021 um 18:30 Uhr diskutieren wir online zum Thema **Wasserstoff** – u.a. mit Dr. Antoine Aslanides, CEO / Geschäftsführer Hynamics Deutschland GmbH



„Wer sich kein eigenes einsatzfähiges Militär leistet, muss der Schutzmacht USA Tribut zollen“

Dr. Josef Braml, einer der weltweit renommiertesten USA-Experten, spricht beim Webinar des DFWK Klartext über Europas Beziehungen zu den USA.



© privat

Joe Biden hat Donald Trump in der Wahl zum amerikanischen Präsidenten geschlagen. Alles gut also für Amerika? Kann mit dem neuen Präsidenten nicht auch ein neues Kapitel der transatlantischen Beziehungen beginnen?

Josef Braml, Generalsekretär der Deutschen Gruppe der Trilateralen Kommission, und Verantwortlicher für die Weiterentwicklung eines transatlantischen Forschungsschwerpunktes an der Universität Bonn, gibt sich beim Webinar mit dem Deutsch-Französischen Wirtschaftskreis (DFWK) pessimistisch: „Ich habe nach wie vor eine skeptische Sicht, nicht weil ich den Amerikanern etwas Böses will, sondern weil ich dieses Land schon seit etwa zwei Jahrzehnten sehr genau beobachte. [...] Der Trumpismus ist weiter eine politische Kraft, mit der gerechnet werden muss, und wir sollten uns darauf einstellen, dass dieses Amerika nicht das machen wird, von dem wir hier in Europa träumen“.

Den USA drohen einerseits innere Verwerfungen aufgrund von sozialen und wirtschaftlichen Problemen. Gleichzeitig werde es für die USA schwieriger, ihre „internationalen Ordnungsleistungen“ zu erbringen: Sich für Freihandel, Sicherheit und eine stabile Leitwährung einzusetzen.

Stattdessen müsse Europa damit rechnen, dass auch die Regierung unter Biden versuchen werde, „Last auf uns abzuwälzen“ – insbesondere im Sicherheitsbereich. Bereits Präsident Obama habe Druck auf die Europäer ausgeübt, Gegenleistungen für die eigene Sicherheit zu erbringen. „Er ist nicht so weit gegangen wie

Trump, der uns erpresst hat. Aber er hat schon deutlich gemacht, dass die Zeiten vorbei sind, mit wenig Militärausgaben weiterhin Trittbrett zu fahren“. Darüber hinaus habe er den Abbau von Exportüberschüssen gefordert. Trump habe dann „knallhart“ auf diesen Punkten bestanden.

Dr. Braml glaubt nicht, dass sich unter Präsident Biden etwas an diesen Forderungen ändern wird. Die von den Amerikanern garantierte militärische Sicherheit gebe es nicht kostenlos: „Wir sind absolut abhängig von den Amerikanern“, so Dr. Braml. „Wenn wir weiterhin des Schutzes der Amerikaner würdig sein wollen, dann haben wir Tribut zu zollen und müssen Interessen in der Wirtschafts- und Währungspolitik preisgeben“. So werde Deutschland beispielsweise amerikanisches Flüssiggas kaufen müssen, um die USA zu besänftigen, wenn die Gas-Pipeline Nord-Stream II fertig gestellt wird.



© MSC/Müller

Die meisten Wirtschaftsinteressen müsse man aber gegenüber China preisgeben, das sich mit den USA in einem Konflikt um wirtschaftliche und militärische Dominanz befindet. „Da gibt es keine



zwei Möglichkeiten für Deutschland. [...] Da werden wir uns wohl oder übel für die USA entscheiden müssen“, erklärt Dr. Braml. Für Deutschland, dessen Automobilindustrie vom chinesischen Markt abhängt, sei das ein größeres Problem als für Frankreich.

Forderungen nach mehr europäischer Souveränität fehlen laut Dr. Braml angesichts der militärischen Schwäche des Kontinents aktuell die Basis. Aber auch der Entscheidungsmodus in der EU behindere solche Bestrebungen. *„Die Diskussion über Souveränität kaschiert nur die Unfähigkeit Europas, überhaupt entscheidungsfähig zu sein. Ich spreche gar nicht erst von der Handlungsfähigkeit. Solange wir das Einstimmigkeitsprinzip haben, können wir geteilt und beherrscht werden“*, erläutert Dr. Braml.

Dennoch sieht Dr. Braml auch Möglichkeiten, die Abhängigkeit von den USA zu reduzieren. Zwar müsse man amerikanische Waffensysteme kaufen, um einerseits dem 2% Ziel näherzukommen und gleichzeitig das Außenhandelsdefizit zu reduzieren. Darüber hinaus sei aber auch eine Investition in die eigenen Fähigkeiten wichtig: *„Ich glaube wir haben in vielen europäischen Ländern große Probleme, wenn wir hier keine Infrastrukturprogramme auflegen. Wenn wir nicht auch das mal tun, wovon wir reden: Digitalisierung. Also die Staatsaufgaben machen, die auch über europäische Fonds finanziert werden können und da gehört auch Militär dazu“*.

In der Diskussion mit DFWK Präsident Joachim Bitterlich und den Vereinsmitgliedern spricht sich Dr. Braml neben der Erweiterung der eigenen militärischen Fähigkeiten, auch für die Schaffung neuer politischer Strukturen aus: *„Wir bräuchten so etwas wie einen nationalen Sicherheitsrat, einen nationalen Sicherheitsberater“*, erklärt Dr. Braml. In einem solchen Gremium könnten etwa die Ministerien Vertreter entsenden. *„Die Idee wäre, dass wir nicht nur alle Himmeljahre wieder eine Strategie überlegen, sondern dass wir eine laufende Debatte über diese Themen haben“*.

Nach dem Prinzip *„Legitimation durch Kommunikation“* müsse auch der Bundestag regelmäßiger über Themen der nationalen Sicherheit sprechen. So könne der Bevölkerung die Augen geöffnet werden, *„dass unser Wohlstand davon abhängt, dass wir auch in der Asien-Pazifik Region Interessen haben“*.



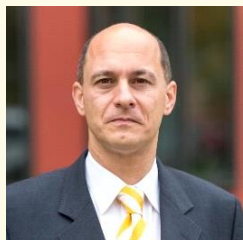
© NATO

Deutschland müsse sich international bei der sicherheitspolitischen und geheimdienstlichen Zusammenarbeit stärker einbringen, meint Dr. Braml. Auch sollte Deutschland Vorschläge zu einer Erweiterung des transatlantischen Bündnisses zu einer *„globalen NATO“* nicht von vornherein ablehnen. *„Trump hätte die NATO kaputtgemacht, wenn er wiedergewählt worden wäre. Da wurde schlimmeres verhindert. Aber wir haben jetzt eine zweite Chance. Und wenn jetzt die Amerikaner wieder von der globalen NATO reden, dann sollte die Kanzlerin nicht noch einmal sagen, ‚ich sehe keine globale NATO‘“*, so Dr. Braml.

Die Veranstaltung fand am 16. Februar online statt.



Warum Politik und Wirtschaft in Europa der Wahrheit in der Digitalisierung nicht länger ausweichen dürfen



© Karla Fritze

Prof. Dr. Key Pousttchi ist Autor des Buches „Die verblendete Republik: Warum uns keiner die Wahrheit über die Digitalisierung sagt“. Bei einer Online-Debatte des Deutsch-Französischen Wirtschaftskreises (DFWK)

spricht er mit den Teilnehmern darüber, wie die Digitalisierung die Welt von Grund auf verändern wird und was getan werden muss, um die Europäische Wettbewerbsfähigkeit in der Digitalisierung zu sichern.

5G, Big Data und Künstliche Intelligenz sind in aller Munde. Aber warum können nur die Wenigsten die Folgen dieser Entwicklungen richtig einordnen? Für Prof. Dr. Key Pousttchi ist Digitalisierung ein Dreieck, bestehend aus Technik, Wirtschaft und Menschen (bzw. der Gesellschaft). Um eine ehrliche Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der Digitalisierung zu ermöglichen, sei vor allem eine Betrachtung der gegenseitigen Abhängigkeiten dieser Faktoren notwendig. Prof. Dr. Pousttchi sieht eine kollektive Verblindung in Bezug auf die Digitalisierung: Diejenigen, die etwas von Digitalisierung verstehen, hätten nur wenig Interesse daran, die Wahrheit darüber auszusprechen; das Volk wiederum wolle die Wahrheit nicht kennen, um sich den Alltag weiterhin bequem zu gestalten. Diese kollektive Verblindung sei schließlich schuld daran, dass Regierungen, Institutionen und Unternehmen heutzutage vor einer ehrlichen Auseinandersetzung mit der Digitalisierung zurückschrecken. Aber auch der einzelne Bürger müsse in die Verantwortung gezogen werden.

„Heute haben wir ein Betriebssystem für Smartphones, morgen haben wir Betriebssysteme für Autos und Wohnungen, übermorgen haben wir ein solches Betriebssystem für unsere Städte

und auch für den menschlichen Körper – das ist die Dimension“, so Prof. Dr. Pousttchi. Die daraus entstehenden Herausforderungen ließen sich nicht allein durch mehr Regulierung lösen. Innovation und Industriepolitik seien genauso wichtig. (Betriebs-)systeme müssten aus Europa kommen und europäischen Wertvorstellungen folgen. Die Wertschöpfung in der Digitalisierung müsse dazu genutzt werden, Europas Arbeitsplätze zu erhalten und bestenfalls neue zu schaffen. Deswegen betont Prof. Dr. Pousttchi: *„Digitalisierung ist kein Lifestyle-Thema, sondern eine Ingenieuraufgabe!“* Nur durch eine ingenieurmäßige Herangehensweise könnten auch in der Digitalisierung nachhaltige Innovationen an den Markt gebracht werden.



Um Digitalisierung aktiv mitzugestalten, müsse zunächst der Wille bestehen, die vorhandenen Interdependenzen zu verstehen, dies müsse auch endlich Bestandteil der Ausbildung auf allen Ebenen werden. Denn sachlich fundierte Entscheidungen seien die Grundlage auf dem Weg zu mehr europäischer Souveränität im digitalen Raum. Ein weiteres Ausweichen seitens der Politik und Wirtschaft sei somit keine Option mehr.

Die Veranstaltung fand am 17 März 2021 online statt.



« Ce qui est sûr, c'est que l'époque où l'on trouvait un appartement de 130 m² en plein cœur de Kreuzberg pour 400€/mois appartient au passé »



Olivier Bourdais,
gérant de Grizzly Investors
© privat

Le marché immobilier berlinois est unique en son genre. Caractérisé par une forte progression de ses prix depuis plus de 10 ans, devenu un Eldorado pour les investisseurs, Berlin a aussi et de ce fait cristallisé les crispations au sein de sa population, qui compte plus de 80 % de locataires. Les autorités locales se sont emparées de ce mécontentement et ont fortement durci la réglementation dans le secteur immobilier ces dernières années. La « Mietendeckel », qui instaure un gel et un plafonnement des loyers pour une durée de 5 ans, en est le point culminant. Depuis un an, la crise sanitaire a également fortement perturbé le marché immobilier.



Olivier Bourdais, membre du DFWK, est gérant de Grizzly Investors, société présente depuis 10 ans à Berlin et spécialisée dans l'investissement ainsi que la gestion et l'optimisation d'actifs immobiliers. Il nous confie dans cet entretien sa vi-

sion du marché berlinois, et nous explique pourquoi, malgré les soubresauts actuels liés au coronavirus et à la législation à Berlin, il continue de croire que les fondamentaux du marché résidentiel restent sains et porteurs.

Monsieur Bourdais, vous vous êtes installé à Berlin il y a dix ans. Comment le marché immobilier berlinois a-t-il évolué depuis ?

Pour faire simple, après des années de stagnation, les prix ont été multipliés par trois et les loyers par plus de deux. Ceci s'explique par plusieurs facteurs :

- Les prix étaient extrêmement bas : suite à la réunification, la construction a tourné à plein régime alors que, contrairement aux attentes, la population de la ville stagnait voire baissait légèrement. Ainsi en 2008, la population est la même qu'en 1990, soit 900 000 habitants de moins qu'en 1930. La conséquence est que les prix de l'ancien sont alors inférieurs aux prix de construction. Une telle situation ne pouvait pas durer.
- Berlin s'est vraiment installée comme capitale à la fin des années 2000. Elle connaît à partir de 2008 une très forte croissance démographique et économique avec, depuis, 360 000 nouveaux habitants et 350 000 nouveaux emplois. Le chômage passe dans cette période de 18 % à 8 % (niveau pré-coronavirus).
- La politique n'a pas réagi à temps, voire a agi à contre-courant. En 2005, la ville a cédé 200 000 logements communaux pour se désendetter et, depuis, n'a pas fait le nécessaire pour promouvoir ou faciliter la construction de logements, multipliant obstacles bureaucratiques et régulations non constructives. Un exemple frappant est le parc de logements sociaux qui est passé de 215 000 en 2006 à



103 000 en 2019, les contrats arrivant à échéance n'étant pas renouvelés par de nouvelles constructions.

Le résultat, c'est qu'aujourd'hui il manque environ 200 000 logements, et ce sera probablement le double en 2030, alors que la ville est comparativement très peu dense pour une capitale européenne et qu'il y a la place pour construire.

Il est compréhensible qu'une hausse de cette ampleur s'accompagne de tensions sociales fortes, comme cela est le cas depuis quelques années, mais il faut relativiser :

- Le loyer moyen du parc locatif reste très bas, à 6,72€/m²
- Les locataires en place sont très protégés : contrats à durée illimitée, augmentations limitées à 15 % tous les trois ans,...
- Le loyer moyen augmente plus lentement que le revenu moyen

Ce qui est sûr, c'est que l'époque où l'on trouvait un appartement de 130 m² en plein cœur de Kreuzberg pour 400€/mois appartient au passé.

Le 23 février 2020, la loi dite de « Mietendeckel », qui instaure un gel et un plafonnement des loyers pour une durée de 5 ans est entrée en application. Cette loi reste fortement contestée. Pouvez-vous nous dire quel a été son impact sur le marché résidentiel berlinois ?

Tout d'abord, pour compléter, cette loi prévoit non seulement un gel des loyers existants et un plafonnement des nouveaux baux à un niveau extrêmement bas (6,45 €/m² pour un appartement ancien) et économiquement non viable pour de nombreux propriétaires, mais également, depuis fin novembre 2020, une baisse des loyers pour les contrats en cours. Cette baisse peut représenter jusqu'à 50 % de baisse pour les loyers les plus élevés. Cela va donc beaucoup plus loin que la loi fédérale dite « Mietpreisbremse », en

place depuis 2015 et récemment renforcée. C'est une déstabilisation profonde du marché.

Le résultat a été rapide, avec une baisse vertigineuse de l'offre locative (plus de 50 % de baisse) : à ce niveau de loyer, les propriétaires préfèrent garder leur logement vide ou le mettre en vente. Alors qu'il y a autour de 50 demandes par appartement à louer sur le site ImmobilienScout dans la plupart des grandes villes allemandes, il y en a actuellement 137 à Berlin ! Pour les personnes les plus fragiles financièrement à la recherche d'un nouveau logement, c'est donc devenu mission impossible. Et ceux qui ont les moyens se tournent vers l'achat, ce qui provoque une tension supplémentaire sur les prix.

L'autre impact est l'arrêt de l'investissement dans la rénovation ou la modernisation énergétique des appartements et des immeubles, ce qui aurait un impact dramatique à terme sur la qualité du parc immobilier si cette loi devait perdurer.



Et même si cette loi ne concerne pas les logements neufs, plusieurs projets ont été gelés, notamment 4 000 logements prévus par des coopératives qui comptaient sur les hausses de loyer à venir pour financer leurs nouveaux projets.

Avec cette loi, dont les effets néfastes étaient très prévisibles – les expériences menées ailleurs se sont systématiquement soldées par des échecs aux conséquences dramatiques, on est vraiment



dans le populisme. Au lieu de faire porter ses efforts sur la construction de logements, le Sénat berlinois a choisi une politique de gestion de la pénurie digne de la RDA.

Un recours pour non-conformité a été porté devant la Cour Constitutionnelle de Karlsruhe. Pouvez-vous nous expliquer pour quels motifs cette loi a été attaquée ?

Les constitutionnalistes qui ont étudié cette loi sont relativement unanimes pour dire que cette loi n'est pas constitutionnelle et sera retoquée. La principale raison est que le sujet est déjà traité au niveau fédéral avec la loi dite « Mietpreisbremse » (frein aux loyers) et donc le Land de Berlin n'aurait pas compétence pour promulguer une telle loi, qui contredit la loi fédérale. On peut rajouter l'atteinte forte et démesurée au droit de propriété ou encore l'intervention dans des contrats préexistants à la loi.

Locataires et propriétaires se trouvent dans l'incertitude quant à cette décision de Karlsruhe. Quand peut-on attendre la décision des juges ?

Un recours a été déposé par le Bundestag à l'initiative des groupes CDU/CSU et FDP à l'été 2020 et un jugement est attendu au deuxième trimestre 2021. Le scénario le plus probable est une annulation pure et simple de la loi – avec à la clé un remboursement par les locataires des baisses de loyer réalisées.

L'année 2020 a été marquée par le Coronavirus. Quel a été son impact sur l'activité immobilière à Berlin ?

Les secteurs des commerces, hôtels et bureaux sont durement touchés et doivent s'attendre au moins pour les deux premiers à des années difficiles, avec à la clé de nombreuses faillites et une nécessaire remise en cause des modèles préexistants à la crise. Cette situation aura sur le tissu urbain un impact qui reste à évaluer. Pour

les bureaux, même si l'attente prévaut aujourd'hui, on peut penser que les entreprises n'auront pas besoin de moins de surfaces mais plutôt de surfaces organisées autrement.

Le secteur résidentiel, après quelques semaines au ralenti, a montré sa stabilité et sa résilience. Les nombreuses aides d'Etat ont permis aux impayés de loyer de rester à des niveaux très raisonnables. Et avec le confinement et le télétravail, le logement a gagné en importance. Le balcon et la pièce supplémentaire qui peut servir de bureau sont presque devenus des incontournables. Après quelques mois d'attente, et malgré des financements un peu plus longs à mettre en place, le marché est reparti à la hausse. Les prix dans l'ancien ont ainsi augmenté de 12 % sur l'année 2020.



D'autres mesures législatives ont été prises ou seront prises, au niveau fédéral. Quelles sont-elles et quelles peuvent être leurs conséquences sur le marché berlinois ?

On peut en citer deux.

Tout d'abord le partage des frais d'agent entre acheteur et vendeur, entré en vigueur fin 2020. Jusqu'alors, ceux-ci étaient à la charge des acheteurs à Berlin. Même si la différence risque d'être réintégrée dans le prix par les vendeurs, ceci aura comme conséquence de diminuer les capitaux propres nécessaires, les frais annexes étant



généralement exclus du financement. L'acheteur aura besoin d'autant de capitaux propres en moins.

La deuxième, qui est en discussion au Bundestag à l'heure où nous parlons, est plus problématique. Il s'agit de rendre de facto quasi-impossible la création de copropriétés à partir d'immeubles purement locatifs. Environ 70 % des immeubles berlinois sont purement locatifs et chaque année quelques dizaines sont transformés en copropriétés, ce qui alimente l'offre en logements anciens. Si cette offre additionnelle - meilleur marché que le neuf - venait à se tarir, on peut anticiper une pression encore accrue sur les prix.



2021 sera une année électorale au niveau fédéral mais aussi au niveau local avec les élections municipales de Berlin? Que peut-on attendre de ces élections concernant le marché immobilier allemand en général et berlinois plus particulièrement ?

Rien de bon. C'est malheureusement une période propice au populisme et on risque d'avoir une surenchère de mesures démagogiques et contre-productives à destination des 53 % de locataires allemands et plus encore au niveau local des 83 % de locataires berlinois. La seule politique qui permettrait de détendre le marché immobilier serait une grande offensive dans la construction d'habitations à loyers modérés, couplée à des aides au logement renforcées pendant

la période de transition. Je doute que ce genre de solution de bon sens émerge en période électorale.

Comment voyez-vous la future évolution du marché ? Reste-t-il attractif pour ceux qui veulent se loger et les investisseurs ?

Les fondamentaux sont relativement clairs : une pénurie d'offre et une démographie positive. Cette dernière a ralenti ces deux dernières années, mais on peut parier sur le fait qu'elle va reprendre une fois les effets de la pandémie dissipés et que Berlin va reprendre sa marche en avant. Si on rajoute un environnement probablement durable de taux d'intérêts bas, on peut s'attendre à ce que les niveaux des prix et, dans une moindre mesure, des loyers, continuent à monter au cours de la prochaine décennie. Donc un marché qui restera attractif pour les investisseurs à moyen et long terme. Pour les locataires à la recherche d'un logement, la situation devrait rester très tendue tant qu'un gros effort de construction ne sera pas lancé.

Avez-vous un quartier ou un endroit préféré à Berlin ?

Je trouve de nombreux « Kiez » berlinois très attractifs et il y en a pour tous les goûts et les styles de vie. J'ai adoré l'environnement de Prenzlauer Berg où j'ai habité les 5 premières années, et je suis séduit par le quartier de Savigny Platz où j'habite maintenant et qui connaît une véritable renaissance depuis quelques années.

L'interview a été menée par Arnaud Schott, fondateur d'Aden Invest et membre du bureau du DFWK.



Alstom in Motion: Alstom übernimmt Bombardier Transportation



Stefan Brauße

Leiter Kommunikation Alstom
DACH

© privat

3 Stunden und 55 Minuten dauert für gewöhnlich die Fahrt mit dem TGV von Alstom, dem „train à grande vitesse“, von Frankfurt nach Paris. Etwas länger, allerdings trotzdem in beachtlicher Geschwindigkeit, hat es für das Unternehmen mit Hauptsitz in Saint-Ouen-sur-Seine gedauert, um der weltweit zweigrößte Bahntechnikhersteller zu werden. Nach rund zehn Monaten war es am 29. Januar 2021 so weit: die Übernahme des ehemaligen Konkurrenten Bombardier Transportation war endgültig abgeschlossen und damit schneller als von vielen erwartet. Im Zuge der Integration von Bombardier Transportation verfügt Alstom nun über das umfangreichste Portfolio für Bahntechnik. Ein Meilenstein im Schienensektor und ein deutliches Zeichen an die Konkurrenz.



© Alstom

An den ehemaligen Bombardier-Standorten werden jetzt peu à peu die alten Schilder und Logos ersetzt und erstrahlen zukünftig wie die dreifarbige „Trikolore“ in blau-weiß-rot. Und noch etwas hat sich seit dem 29. Januar geändert. Deutsch ist neben Englisch und Französisch jetzt die dritte offizielle Unternehmenssprache.



© Alstom

75.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in 70 Ländern arbeiten zukünftig gemeinsam daran, Alstoms Marktführerposition im Schienensektor weiter auszubauen. In den kommenden Monaten wird es darum gehen, die neuen Kolleginnen und Kollegen kennen zu lernen. Allein in der neu geschaffenen Region DACH kümmern sich rund 11.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter um die besten und nachhaltigsten Mobilitätslösungen für ihre Kunden.

Auch wenn aufgrund der Corona-Pandemie derzeit weniger Menschen unterwegs sind: Die Nachfrage nach Nachhaltigkeit steigt. Alstom gehört bereits jetzt zu den Vorreitern im Mobilitätssektor – mit führenden Innovationen wie dem weltweit ersten Wasserstoffzug, automatisiertem Fahren im Schienenverkehr, energieeffizienten Schienenfahrzeugen und Bahninfrastrukturen.

Ob Bahntechnik für U-Bahnen, S-Bahnen, Straßenbahnen, Regionalzüge, Lokomotiven, Hochgeschwindigkeitszüge oder Signaltechnik – der neue Konzern ist für die Zukunft hervorragend aufgestellt. Und wer weiß, vielleicht fahren bald schon weitere doppelstöckige Hochgeschwindigkeitszüge aus dem Hause Alstom durch Deutschland.



Deutsch-Französischer
Wirtschaftskreis

Der Deutsch-Französische
Newsletter des DFWK
1. Quartal 2021

Wir wünschen Ihnen allen

Frohe Oster- Feiertage

Ihr DFWK

Unsere Partner und Unterstützer

mazars

C/M/S/

Law . Tax



MALMENDIER LEGAL

IMPRESSUM :

Deutsch-Französischer Wirtschaftskreis
Alt-Moabit 2 | 10557 Berlin | Deutschland
Tel.: +49 (0) 30 206 159 00
kontakt@dfwk.eu | www.dfwk.eu
[LinkedIn](#) | [Twitter](#)